

Spielraum

Editorial ::



Foto: Inge Praxler

Spielraum

Eine Erfolgsgeschichte. Ein Musterbeispiel der Vorsorge. Österreichische Gesundheitspolitiker geraten ins Schwärmen, wenn die Rede auf den 1974 erstmals eingesetzten Mutter-Kind-Pass kommt. Tatsächlich gingen seither die perinatale und die Säuglingssterblichkeit dramatisch zurück. Wie in allen OECD-Ländern. Welchen Anteil der Mutter-Kind-Pass hierzulande daran hat, weiß man gar nicht. Denn das Programm, das jährlich rund 54 Millionen Euro kostet, wurde nie evaluiert. Auch haben weder der Hauptverband noch das Gesundheitsministerium einen Gesamtüberblick über die Inanspruchnahme.

Die Geschichte des Mutter-Kind-Passes ist ein Beispiel dafür, wie mit Steuer- und Sozialversicherungsgeldern umgegangen wird. Es ist die alte Krux: Diejenigen, die über Maßnahmen entscheiden, sitzen woanders als die, die das Geld verwalten. Das Gesundheitsministerium gibt auf Grundlage der Empfehlungen des Obersten Sanitätsrates die Inhalte des Mutter-Kind-Passes vor, die zu zwei Drittel vom Familienlastenausgleichsfonds und zu einem Drittel von der Sozialversicherung getragen werden. Die Sozialversicherung ist zudem für die Abgeltung und Abwicklung der ärztlichen Leistungen zuständig. In letzter Zeit wurden Untersuchungen mitunter auf Zuruf in den Pass hineinreklamiert. So blieb 2009 die interne Untersuchung der Mutter, entgegen den Empfehlungen des Obersten Sanitätsrats, Bestandteil des Programms. Kosten: 1,9 Millionen Euro jährlich. In der Folge von Layoutänderungen des Dokuments im Jahr 2008 wurden sechs nicht im Vorsorgeprogramm enthaltene Leistungen verstärkt von den Ärzten erbracht, in den Pass eingetragen und verrechnet. Obwohl sich der Oberste Sanitätsrat ausdrücklich gegen einige davon ausgesprochen hatte, wurden diese Untersuchungen schlussendlich ins Programm aufgenommen. Mehrkosten: 6,5 Millionen Euro. Nachzulesen ist das alles im kürzlich veröffentlichten Rechnungshofbericht.

Dass das Vorsorgeprogramm nach 40 Jahren wissenschaftlichen Erkenntnissen angepasst werden müsste, war im Gesundheitsministerium schon länger klar. 2010 wurde das Ludwig Boltzmann Institut für Health Technology Assessment damit beauftragt, die Evidenzen zusammenzutragen. Und es tat das – in neun Projektberichten. Dann geschah: nichts.

Ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, als sich die Rechnungsprüfer im Winter des vergangenen Jahres über die Unterlagen und Zahlen zum Mutter-Kind-Pass beugten, erinnerte man sich im Gesundheitsministerium wieder an die eigentlich geplante Neuerung. Das mag Zufall sein. Jedenfalls lautete der Auftrag ans Ludwig Boltzmann Institut, herauszufinden, wie aus den Daten seiner neun Projektberichte ein Konzept werden kann.

Resultat: In einem sogenannten „Appraisal-Prozess“ wird jetzt im Monatstakt eine Arbeitsgruppe aus 15 Experten verschiedener Fachrichtungen und Organisationen zusammensitzen und anhand der vorliegenden Evidenz bewerten, inwieweit die 100 Gesundheitsrisiken, die das Boltzmann Institut identifiziert hat, für den Mutter-Kind-Pass relevant sind. Die Entscheidungen werden veröffentlicht. In rund zwei Jahren soll dieser Prozess abgeschlossen sein. Dann wird ein Gremium das letzte Wort darüber sprechen, wie der neue Mutter-Kind-Pass aussehen soll. Für Eigeninteressen diverser Berufsgruppen soll es keinen Spielraum geben, heißt es aus dem Ministerium, alles werde völlig nachvollziehbar ablaufen. Hoffentlich erinnert man sich in zwei Jahren noch daran.

Elisabeth Tschachler
tschachler@schaffler-verlag.com

Die Unterscheidung zwischen redaktionellen Inhalten und Werbung ist unseren Lesern und uns wichtig. Entgeltliche Einschaltungen sind im Sinne des § 26 Mediengesetzes als solche gekennzeichnet, in anderer Schrift gesetzt, orange hinterlegt oder Teil von **gesundheitswirtschaft**.